

Wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19-Pandemie: Chancen, Risiken, Handlungsanforderungen an die Politik

Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft, Februar 2021

Vorbemerkung

Die Auseinandersetzung mit der Covid-19-Pandemie und ihren Auswirkungen ist zu einem erheblichen Anteil ein Abwehrkampf: gegen die Ausbreitung des Virus, gegen die Zunahme der Todesfälle, gegen Unternehmenspleiten, Jobverluste, unmittelbare Erschütterungen des Bildungswesens und des sozialen Zusammenhalts.

Dies ist aber nur ein Teil der dringenden Aufgabe, die vor uns liegt. Der andere besteht darin, die Zukunft vorzubereiten. Ökonomische Krisen, auch solche, die von tiefen gesundheitspolitischen Ereignissen ausgelöst werden, sind von Erholungen gefolgt. Das ist nicht nur eine gute, sondern auch eine ambivalente Botschaft. Der Übergang in eine Wachstumsphase vollzieht sich nicht homogen, sondern geht einher mit einer Neupositionierung von Kommunen und Regionen in globalen Wirtschaftszusammenhängen und Wertschöpfungsketten, sprich: mit Aufstiegen und Abstiegen.

Während die erste Erholungsphase stark von infrastrukturellen Aktivitäten der Staaten getragen ist, geht der stärkere und anhaltendere Impuls letztlich von veränderten Lebensweisen, Konsummustern und Produktionszusammenhängen aus. Die programmatisch unterlegte Dynamik infrastruktureller Programme führt irgendwann zu einer Phase von Konsolidierungs- und Standortentscheidungen, sowohl staatlichen als auch unternehmerischen (die Entwicklung der Windenergie ist für Bremen und Bremerhaven ein schmerzliches Beispiel). Der Anschluss an diese Programme, aber viel mehr noch an die breiteren, teilweise diffuseren Trends ökonomischer Veränderung, ist daher eine zentrale regionalpolitische Aufgabe.

Dies erfordert,

- zukünftige Trends zu identifizieren,
- daraus lokale und regionale Perspektiven abzuleiten,
- Voraussetzungen zu schaffen, um sie zu nutzen und
- Maßnahmen einzuleiten, damit alle diese veränderten Wege auch tatsächlich gehen können.

Die Diskussion um die ökonomische Post-Corona-Erholungsphase (Covid-19 economic recovery) hat begonnen. Die Erholungsphase birgt Risiken, die es abzumildern gilt, und Chancen, die genutzt werden müssen. Ein „do-nothing-Szenario“ ist die schlechteste Option.

Der Markt alleine kann es nicht richten. Die Krise hat wieder bewusst gemacht, „wofür Regierungen gut sind“ (Mazzucato 2020a). Die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates und einer gesellschaftlichen Steuerung nicht nur in der Krisensituation, sondern für die Einleitung eines neuen Wachstumspfad wird von unterschiedlichster Seite beschrieben. Die

Phase der neoliberalen Selbstbeschränkung geht notwendig zu Ende. Das erfordert auch eine bessere finanzielle Ausstattung des öffentlichen Sektors, dauerhaft.

Reformen können aber nicht nur an den Staat delegiert werden, sondern müssen auch von Unternehmen und gesellschaftlichen Akteuren vorangetrieben werden. Wirtschaftliche Erholung und nachhaltige Transformation erfordern ein Zusammenwirken unterschiedlichster Akteure. Letztlich erfordern sie eine gesellschaftliche Bewegung, die eine Lokalgesellschaft möglichst weitgehend erfasst.

Die Erholungsphase kann ein wesentlicher Impuls für den sozial-ökologischen Umbau der Produktion sein. Dieser wird aber nur gelingen können, wenn Arbeit, Qualifizierung und die Perspektive der Beschäftigten konsequent mitgedacht werden – ansonsten wird er an fehlender Akzeptanz, fehlenden Fachkräften und mangelnder sozialer Nachhaltigkeit scheitern. Die anstehenden Veränderungen erfordern daher auch Weichenstellungen für Mitbestimmung und gewerkschaftliche Mitgestaltung, sowohl auf betrieblicher wie auf überbetrieblicher Ebene.

Trends für die Recovery-Phase

Wesentliche ökonomische und soziale Trends, die den Rahmen der Erholungsphase setzen, sind identifizierbar. Manche wurden bereits nach der Finanzkrise 2008/2009 genannt und erwartet, erhalten jetzt aber einen neuen Schub. Dazu gehören insbesondere:

1. Qualitativer Ausbau des Gesundheitssektors. Nachdem die ökonomische Bedeutung für den gesamten Wirtschaftsprozess und die Wahrscheinlichkeit vergleichbarer Ereignisse deutlich geworden sind, wird es zu dauerhaften Verstärkungen dieses Sektors kommen. Diese betreffen nicht nur die stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung und den öffentlichen Gesundheitsdienst, sondern auch Gesundheitswissenschaft, Gesundheitswirtschaft, Biotechnologie etc. Der Care-Sektor wird insgesamt überdurchschnittlich stark wachsen.
2. Inklusion und soziale Infrastruktur. Die Schwere der gesundheitspolitischen Krise und die Fähigkeit, darauf zu reagieren, hängen in neuer Weise von der Gesamtheit der Gesellschaft und von Fragen des sozialen Zusammenhalts ab. Zu erwarten sind eine Verstärkung und ein Umbau sozialer Sicherheitssysteme ebenso wie von Strukturen und Maßnahmen zur sozialen Inklusion. Welche Auswirkungen die Krise auf soziale Netzwerke im Land Bremen und in den Quartieren haben wird, ist schwer absehbar und bleibt Aushandlungssache.
3. Remote Work und Nutzung von Plattformen. Physische Mobilität wird vor allem im Geschäftsbereich stärker durch „Distanzarbeit“ ersetzt, die sich auf digitale Formate der Kommunikation und Steuerung stützt. Die Krise hat einen beschleunigten Lernprozess erzwungen, der bisherig nur potenziell und punktuell genutzte technische Möglichkeiten dauerhaft zur Normalität macht. Bislang blockierte Digitalisierungsschübe finden jetzt statt.
4. Die Automation erfasst die Nicht-Fertigungsbereiche. Mit dem breiten Digitalisierungsschub werden die seit langem diagnostizierten Automationspotenziale jenseits der Fertigung jetzt Realität. Der Dienstleistungssektor verändert sich dadurch massiv, einschließlich beruflicher Profile, Kompetenzen und Gehaltsgefüge. Gerade im Dienstleistungssektor werden Berufsbilder in erheblicher Zahl verschwinden oder unter Rationalisierungsdruck geraten, während andere neu entstehen, die jedoch andere Qualifikationsanforderungen stellen.

5. Die Kostenvorteile globaler Produktionsverlagerung relativieren sich. Die enormen globalen Unterschiede in den Arbeitskosten, von denen die Veränderung der globalen Arbeitsteilung getragen war, flachen sich im Verhältnis zwischen Industrieländern und Schwellenländern ab. Wettbewerbsvorteile durch Nutzung extremer Lohnunterschiede sind zunehmend nur noch um den Preis instabiler Lieferketten, hoher Risiken und menschenrechtlich fragwürdiger Praktiken zu haben. Zumindest in einzelnen Bereichen und Branchen kommt es zu Rückverlagerungen von Produktion, zumindest als notwendige Ergänzung und Absicherung globaler Lieferketten. Der Prozess der De-Industrialisierung der alten Industriestaaten endet.
6. Die klimapolitische Transformation beschleunigt sich. Weltweit werden staatliche Investitions- und Neustartprogramme in der Krise an klimapolitische Erwägungen gebunden oder verfolgen zumindest teilweise die Strategie, Wachstumschancen in „grünen“ Wirtschaftsbereichen zu suchen. Die EU hat mit den Regelungen zu „Wichtigen Projekten im gemeinsamen europäischen Interesse“ (IPCEIs) erste Schritte zu einer zielorientierten Wirtschaftssteuerung unternommen, die in verschiedenen Bereichen Gestalt annimmt (Wasserstoff, Halbleitertechnik, Batteriefertigung) und die Beschränkungen des Beihilferechts außer Kraft setzt. Dies führt im Sinne einer self-fulfilling prophecy dazu, dass sowohl Kapital als auch Nachfrage für Transformationstechnologien bereitsteht, neue Standards etabliert werden und dieser Sektor tatsächlich wächst.
7. Künstliche Intelligenz wird zum neuen Standard. In Verbindung mit Remote Work, Plattformtechnologien und einem neuen Schub von Verwissenschaftlichung wird Künstliche Intelligenz in einer Vielzahl von Anwendungen eingesetzt bzw. entwickelt, von Gesundheit bis Bildung, von Simulationen bis zur Produktentwicklung. Dabei geht es weniger um autonom fahrende Taxis und Pflegeroboter, sondern um eine unspektakuläre, aber tiefe Integration in alle Bereiche von Produktion, Wirtschaft und Gesellschaft.
8. Die Zahl kleiner und mittlerer Selbständiger nimmt zu. Digitalisierung, Plattformen und Remote Work eröffnen eine Vielzahl von Geschäftsmodellen, die die Grundlage für kleine und mittlere Selbständige bilden, auch in neuen Kooperations- und Unternehmensformen. Der „long tail“ von begrenzten und temporären Geschäftsmodellen kann dadurch besser aufgegriffen werden als von tendenziell unbeweglicheren größeren Unternehmen, während digitale Hilfsmittel und Zugänge den Schritt in die Selbständigkeit erleichtern. Dadurch entsteht auch ein Bedarf an neuen Unternehmens- und Unterstützungsformen.
9. Der Einzelhandel erlebt einen Prozess der Schrumpfung und Neubegründung. Die Beziehung zwischen Erzeuger- und Verbraucherseite erfordert nicht mehr notwendig das ausstellende, lagernde und einkaufende Geschäft. Feste Ladengeschäfte und noch mehr Warenhäuser sind keine überzeitlichen, sondern historisch relativ junge Phänomene. Ihr Fortbestand erfordert spezifische, zusätzliche Begründungen und Leistungen bis hin zu hybriden Geschäftsmodellen, die Einkauf mit anderen Aktivitäten verbinden. Der lokale und inhabergeführte Einzelhandel muss sein „Add-on“ neu definieren, um gegen die Konzentrationsprozesse und das Verschmelzen von Handel und Logistik zu bestehen.
10. Der Logistiksektor wächst und durchläuft qualitative Innovationen. Was in der Pandemie spürbar war, bleibt Trend: Die Logistikbranche wird immer wichtiger, ihre Grenzen mit der Produktion verschwimmen. Anforderungen an resilientere, nachhaltige und verantwortliche Lieferketten fordern Innovationssprünge in der Logistik. Der Bereich der Logistik erlebt eine starke Differenzierung hinsichtlich der Wertschöpfung.
11. Der Reiseverkehr wird sich neu sortieren. Private Reisetätigkeit erholt sich schneller, aber vermutlich auf niedrigerem Niveau und mit geringerem Wachstum als vor der Krise. Die geschäftliche Reisetätigkeit wird dauerhaft einen Anteil von Reiseverkehren verlieren, der

durch Online-Meetings ersetzt wird. Flugverkehr und Hotellerie können nur mit neuen Angeboten und veränderten Geschäftsmodellen bestehen. Der anhaltende Einbruch bei Geschäftskunden trifft den Bereich, der bislang die höheren Margen erwirtschaftet. Die kritischere private und betriebliche Abwägung, wofür sich Reisen lohnt, führt zu einem verstärkten Wettbewerb um qualitativ hochwertige Veranstaltungs-, Messe- und Kongressangebote.

12. Die Bedeutung von Innovation als Standortfaktor nimmt in Zeiten der Transformation weiter zu. Die Pandemie als „Super-Akzelerator“ (Bass 2020) beschleunigt und verändert den Standortwettbewerb in neuer Weise. „Wissensintensive Prozesse werden entscheidend für die Wertschöpfung; Beschäftigte werden in höherem Maß kreative, soziale, kommunikative und kooperative Arbeitsleistungen erbringen müssen; Qualifikationsprofile, Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle werden sich schneller verändern. (...) Die Spezialisierung von Regionen auf bestimmte Produkte und Branchen („Autostadt“) tritt tendenziell zurück gegenüber der Entwicklung von regionalen Produktions- und Innovationslandschaften.“ (Linksfraktion 2018). Innovation ohne Qualifizierung ist nicht denkbar, Digitalisierung nicht ohne neue Arbeitsformen. Die Digitalisierung in den Betrieben ist Voraussetzung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, hat aber massiven Einfluss auf die Mitarbeitenden. Die Ausrichtung auf klimaneutrale Produktion erfordert Innovationen in den Betrieben und neue Qualifikationen. Es entstehen Qualifizierungsbedarfe innerhalb der Betriebe, inden Branchen sowie zwischen ihnen. Gleichzeitig sind die vorhandenen Mitarbeiter:innen das wichtigste Potenzial an Know-how auch in der Transformation. All das stellt die Sozialpartner vor die neue Herausforderung, Veränderungsprozesse gemeinsam zu gestalten, und erfordert starke betriebliche und überbetriebliche Interessensvertretungen der Beschäftigten.
13. Der Druck auf verantwortliche und nachhaltige Geschäftsmodelle und Unternehmensstrategien (ESG) nimmt zu. Unternehmen sind in der wirtschaftlichen Erholungsphase verstärkt abhängig von staatlichen und Konsument:innen-Entscheidungen, die mit Bedingungen kommen. Mitbestimmung, Transparenz, faire Arbeitsbedingungen und Verantwortung für die eigene Lieferkette werden als Faktoren deutlich, die die Resilienz von Unternehmen erhöhen.
14. Globalisierung wird von einem sektoralen Geschäftsmodell zu einer allgemeinen Produktivkraft. Internationale Perspektiven, Netzwerke und Austauschbeziehungen werden zum Standard auch für kleine und mittlere Unternehmen, NGOs, Wissenschaft bis hin zur Stadtteilökonomie.

Entsteht ein „Gender Recovery Gap“?

Die beschriebenen Trends beinhalten Chancen für mehr Gleichstellung in Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne gezielte Interventionen und flankierende Maßnahmen werden sie aber zu einer Verschärfung bestehender Ungleichheit führen. Damit würden auch die Potenziale der wirtschaftlichen Erholung generell untergraben. Für die Post-Corona-Erholung gilt verschärft: „What is good for gender equality is good for the economy and society as well.“ (Madgavkar et.al.) Dem stehen jedoch folgende Risiken und Probleme entgegen:

1. Transformation der Dienstleistungsbereiche. Ein Drittel der heute Beschäftigten wird bis 2030 in andere Berufe wechseln müssen, weil ihre bisherigen Jobs verschwinden. Davon sind Frauen in gleicher Weise betroffen wie Männer – im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung, die sich auf bedrohte männliche Fabrikjobs konzentriert. Ohne gezielte flankierende Maßnahmen werden Frauen diese Transformation aber weit seltener schaffen als Männer, weil sie weniger private Ressourcen haben, durch private Care-

Verpflichtungen gehindert werden und häufiger in ärmeren Branchen und kleineren Betrieben tätig sind, die ebenfalls weniger Ressourcen für die Fortbildung und Umqualifizierung ihrer Beschäftigten aufwenden.

2. Digital Gender Gap. Frauen liegen weltweit und in Deutschland hinter Männern zurück im „Digital-Index“ (Zugang zur Digitalisierung, Nutzungsverhalten in der digitalen Welt, digitale Kompetenz, Offenheit gegenüber Digitalisierung). (Schwarze u. a. 2020) Da nahezu alle Transformationsprozesse mit Digitalisierung verbunden sind, drohen sich Gender Pay Gap, geringere Erwerbsbeteiligung und geschlechtsspezifische betriebliche Hierarchien zu verschärfen.
3. Unbezahlte Care-Arbeit. Die ungleiche Verteilung privater Care-Tätigkeit führt nicht nur in der Krise zur höheren Belastung von Frauen, sondern hemmt auch in der Erholungsphase. Die Möglichkeit, zukünftig wieder auf vergleichbare Krisen reagieren zu müssen, beeinflusst die beruflichen Planungen von Familien zuungunsten von Frauen. Chancen und Risiken des Homeoffice, das über die Krise hinaus Verbreitung finden wird, sind geschlechtlich ungleich verteilt; dasselbe gilt für die Option der freiberuflichen oder selbstständigen Tätigkeit.
4. Besonders bedrohte Branchen. Mehrere Branchen mit hohen Frauenanteilen zählen zu denjenigen, die durch die Krise unter einen hohen Anpassungsdruck geraten („consolidating“) oder deren Perspektiven insgesamt unklar sind („straying“). (Madgavkar et.al. 2020) Das betrifft Einzelhandel, Hotellerie und Gaststätten, aber auch den Kunst-, Kultur- und Veranstaltungssektor. Dies betrifft im Übrigen auch eine große Zahl queerer Menschen, die mehrheitlich in den genannten Bereichen tätig sind. Andere Bereiche mit hohem Frauenanteil (Gesundheit, Erziehung, Verwaltung) haben starke Potenziale in der Erholung, hängen aber von politischen und fiskalpolitischen Entscheidungen über Ausbau oder Abbau ab.

Post-Corona-Erholung und soziale Ungleichheit

Für andere Dimensionen sozialer Ungleichheit gilt Ähnliches: Die Erholungsphase bietet Ansätze, sie abzubauen, aber erhebliche Gefahren der Verschärfung. So gibt es klare migrantische Potenziale, die positiv wirken können (transnationale Netzwerke, Mehrkulturalität, höhere Disposition zur Selbstständigkeit). Ohne aktive Maßnahmen werden sich aber vor allem Nachteile auswirken: Tätigkeit in bedrohten Branchen und Berufen, Nachteile im Bildungssystem und beim Zugang zu formalen Qualifikationen, im Schnitt noch stärkere Frauenbelastung mit privaten Care-Tätigkeiten, tendenziell geringere private Ressourcen. Werden die Anforderungen der Transformation nicht vergesellschaftet und durch öffentliche Systeme gestützt, sondern individualisiert und privatisiert, ist generell eine Verstärkung der sozialen Spaltung zu erwarten.

Besonders kritisch sind dabei die folgenden Aspekte:

1. Reformstau in der Bildungspolitik. Vergangene Erholungsprozesse nach tiefergehenden Krisen waren fast immer mit quantitativen und qualitativen Umbrüchen in der Bildungspolitik verbunden – veränderte Lebens- und Produktionsprozesse erfordern veränderte Kompetenzen und Bildungssysteme. Davon ist in der derzeitigen Krise wenig erkennbar. Der Erwerb dieser Kompetenzen wird daher in neuer Schärfe von privaten Ressourcen, familiären Lernkulturen und sozialer Herkunft abhängig.
2. Doppelte soziale Spaltung in der Bildungspolitik. Die Bildungschancen hängen besonders in Bremen von sozialen Status ab. Deshalb muss noch stärker die Förderung benachteiligter Bürger:innen und Quartiere im Bildungssektor vorangetrieben werden, um

dort die Bildungschancen zu erhöhen. Aber auch die zweite Dimension in Hinsicht auf die Ausbildungswege muss stärker in den Blick genommen werden. Dazu zählt neben dem weiteren Bildungsweg nach der Grundschule im verstärkten Maß auch der Übergang vom Abitur ins Studium.

3. Beschäftigungs- und Ausbildungslücke. Alle Erholungsphasen zeigen ein zeitliches Auseinanderfallen von Wachstum und Beschäftigung. Es entsteht eine deutlich länger anhaltende Beschäftigungslücke, voraussichtlich auch eine länger wirksame Lücke in der beruflichen Ausbildung. Dies wird vor allem Geringerqualifizierte und Ausbildungssuchende mit schlechteren Schulabschlüssen treffen.
4. Branchenhierarchie. Wirtschaftsförderung, öffentliche Investitionen und Transformationspolitik richten sich zuerst auf Branchen und Betriebe, die kapitalintensiv, exportorientiert und weltmarktabhängig sind. Andere Bereiche werden wenig beachtet, obwohl sie beschäftigungsintensiv sind, Wachstumspotenziale haben und wesentliche Beiträge zur nachhaltigen Transformation leisten können. Diese Unterbewertung trifft z.B. den Gesundheits- und Pflegesektor; den Kreislauf-, Entsorgungs- und Reparatursektor; oder den Verkehrsbereich. Geschlechtergerechtigkeit, Migrationsgerechtigkeit und Einkommensgerechtigkeit werden daher von Transformationspolitik üblicherweise verfehlt.
5. Arbeitsverdichtung und steigende Anforderungen. Unternehmen werden auf Konsolidierungs- und Veränderungsdruck reagieren, indem sie Arbeitsverdichtung und Anforderungen erhöhen. Dafür werden sie auch den Zyklus von Entlassungen und Wiederbesetzung nutzen. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt wird dadurch noch exklusiver, auch wenn der Fachkräftemangel dadurch noch größer wird. Jüngere, Ältere, Alleinerziehende, Menschen mit familiären Verpflichtungen, mit gesundheitlichen Einschränkungen oder einfach mit etwas weniger Tempo werden es noch schwerer haben, auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß zu fassen.
6. Individualisierung der Kosten von Weiterbildung. Es gibt eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, aber keine gegen die Entwertung von Qualifikation und beruflichen Perspektiven in der Transformation. Gerade Beschäftigte mit geringerem Lohn können es sich schlicht nicht leisten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um begleitend einen neuen Abschluss zu erwerben. Ohne neue Modelle, die die Kosten der Weiterbildung gesellschaftlich absichern, spalten sich Chancen und Risiken der Transformation entlang der sozialen Frage.
7. Weitere Prekarisierung von Lebensverhältnissen. Gleichzeitig drohen die Bedarfe von Erwerbslosen, Wohnungs- und Obdachlosen aus dem Blick zu geraten. Schon in den vergangenen Monaten ist es nicht gelungen, die Auswirkungen der Krise auf diese Personengruppe sozial abzufedern. Ob die finanziellen Spielräume für eine Aufwertung und Stärkung der sozialen Infrastruktur – auch in den Quartieren – ausreichen, bleibt Aushandlungssache.

Stärken und Schwächen

Zu Stärken und Schwächen, Chancen und Problemen des Standorts Bremen-Bremerhaven liegen auch im Hinblick auf Corona-Krise und Post-Corona-Erholung eine Reihe von Analysen und Befunden vor, die hier nicht wiederholt werden müssen. Wenig betont, aber für eine erfolgreiche Steuerung der Erholungsphase grundlegend sind die folgenden Aspekte:

1. Sozialer Zusammenhalt und kreative Bürger:innengesellschaft. Bremen und Bremerhaven verfügen traditionell über ein starkes solidarisches Gemeinschaftsbewusstsein und eine engagierte, kreative Bürger:innengesellschaft. Trotz schwieriger Sozialdaten (Armut,

Arbeitslosigkeit, Bildungserfolg) sind sozialer Zusammenhalt und Solidarität hohe Werte. Dies ist bedeutsam, da im internationalen Vergleich immer wieder der Zusammenhang zwischen sozialem Zusammenhalt und Innovations- und Transformationsfähigkeit festgestellt wird. Empirische Untersuchungen zeigen allerdings, dass dieser Befund für Bremen widersprüchlich und diese Qualität bedroht ist. Es wird daher eine wesentliche Frage sein, ob sozialer Zusammenhalt und Engagement als Standortqualität in Bremen gestärkt werden kann oder verloren geht.

2. Größere Beschäftigungs- und Ausbildungslücke. Das Land Bremen muss im Bundesvergleich mit einer länger anhaltenden Beschäftigungs- und vermutlich auch Ausbildungslücke rechnen, wenn nicht gegengesteuert wird. In der Finanzkrise nahm die Arbeitslosigkeit bundesweit gegenüber 2008 um ca. 200.000 Personen zu; es dauerte 2 Jahre, bis der Stand von 2008 wieder erreicht war. Im Land Bremen stieg die Arbeitslosigkeit gegenüber 2008 um ca. 2.000 Personen an; es dauerte jedoch 4 Jahre, bis die Arbeitslosigkeit wieder auf den Stand von 2008 sank. Durch den späteren Turnaround drohen nicht nur größere soziale Härten, sondern auch anhaltende Dequalifizierung und Abkoppelung. Die Beschäftigungsverluste durch die Corona-Krise sind dabei aktuell bereits mehr als doppelt so hoch wie in der Finanzkrise (ca. 480.000 bundesweit, ca. 5.500 im Land Bremen).
3. Starker öffentlicher Sektor. Das Land Bremen verfügt über starke öffentliche Unternehmen in zentralen Sektoren (Gesundheit, Logistik, Abfallwirtschaft, Wohnungswirtschaft). Darin liegt ein starkes Potenzial, vorhandene Schwächen beim Wissenstransfer zu überwinden, arbeitsmarktpolitische Programme umzusetzen und Partner in der Quartierentwicklung zu finden.
4. Aufholprozesse bei der wirtschaftsstrukturellen Diversifizierung. Trotz der stark durch verschiedene klassische Industriebranchen geprägten Wirtschaftsstruktur hat es in den letzten Jahren deutliche Aufholprozesse bei der Diversifizierung gegeben, namentlich bei Gründungen, wissensintensiven Dienstleistungen, IT-Wirtschaft. Andere für Bremen und Bremerhaven bedeutsame Branchen (Gesundheit, Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft, Kreativwirtschaft) werden in ihren Potenzialen immer noch zu wenig beachtet. Interventionen für die Post-Corona-Erholung dürfen sich nicht nur auf Branchen und Großbetriebe mit strukturellen Anpassungsprozessen konzentrieren, sondern müssen auch Wachstumsprozesse in anderen starken Branchen und bei kleinen und mittleren Unternehmen fördern, da Beschäftigungsverluste nur so kompensiert werden können.
5. Internationalität und Weltoffenheit. Das Land Bremen hat einen guten Stand bei internationalen Verbindungen und der Anerkennung von Diversität. Das ist ein wichtiges Potenzial für erfolgreiche Transformations- und Erholungsprozesse.
6. Ressourcen. Als kleiner Stadtstaat kann Bremen nicht mit den Größenordnungen konkurrieren, die andere Bundesländer für wirtschaftspolitische Interventionen aufwenden und auch nicht mit deren Einfluss auf bundespolitische Strukturentscheidungen. Die daraus resultierenden Risiken gerade bei politisch induzierten Transformationsprogrammen, wenn es in die Phase der Konsolidierung geht, müssen einkalkuliert werden. Sie müssen kompensiert werden durch weitere Schritte bei der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und der Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Für verschiedene Bereiche (Kultur- und Kreativwirtschaft, Startups, spezialisierter Einzelhandel) stellt die zahlenmäßige Begrenztheit der lokalen Nachfrage und des lokalen Potenzials ein Entwicklungsproblem dar. Dies kann nur durch eine stärkere Einbeziehung der Gesamtheit der Stadtgesellschaft, also von sozialen Gruppen und Stadtteilen, und durch bessere regionale Vernetzung kompensiert werden.

Anforderungen an Bremer Landespolitik

Die Bremer Landespolitik muss für die Nach-Corona-Erholung deutliche Akzente setzen. Die bisher identifizierten Ansätze, insbesondere im Bremen-Fonds, weisen eine deutliche Schieflage auf hinsichtlich der Geschlechter-, Migrations- und Einkommensgerechtigkeit, hinsichtlich der Berücksichtigung von Branchenpotenzialen und hinsichtlich der konsequenten Nutzung von Potenzialen der Stadtgesellschaft. Notwendig sind demgegenüber folgende Maßnahmen und Programme:

1. Ein klarer Schwerpunkt auf den Ausbau der Gesundheits- und Pflegewirtschaft, auch über die Maßnahmen zur Stärkung von Krankenhäusern und Öffentlichen Gesundheitsdienst hinaus. Dazu gehört die Einrichtung des Clusters Gesundheitswirtschaft und Pflege, der Aufbau des Gesundheitscampus, Modellprojekte zu Vereinbarkeit und Arbeitszeitmodellen, weitere Profilierung in den Bereichen Public Health/soziale Medizin, Impulse für Vernetzung und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Medizintechnik, Bio-Forschung und Gesundheitsversorgung.
2. Ein klarer Schwerpunkt auf aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere im Hinblick auf Frauen, Geringqualifizierte und Beschäftigte in Bereichen, die von Beschäftigungsverlusten durch Transformationsprozesse bedroht sind. Qualifizierung gehört in den Mittelpunkt, damit Beschäftigte von den Veränderungen profitieren können und nicht durch die Veränderungen ausgesteuert und abgehängt werden. Realistischerweise wird es auf mittlere Sicht dennoch nicht gelingen, Brüche in Arbeitsbiografien für alle zu verhindern. Daher ist beides nötig:
 - a. Innovative Arbeitsmarktprogramme, die geförderte Teilzeitbeschäftigung mit Teilzeitweiterbildung und Teilzeit-Ausbildungsvergütung verbinden, damit alle sich Qualifizierung leisten können;
 - b. Ausbau eines sozialen Arbeitsmarkts gerade in den Quartieren, um auffangende Beschäftigung zu schaffen und um soziale Destabilisierung und Zunahme individueller Problemlagen zu verhindern.
3. Eine Quartiersoffensive, die über die bisherigen Programme hinausgeht und sowohl am Aspekt des sozialen Zusammenhalts als auch am Aspekt der Innovation anknüpft. Programme im Stil von LOS und WiN zur Förderung von Nachbarschaftshilfe und Selbstorganisation gehören ebenso dazu, wie innovative Projekte im Wirtschafts- und Kulturbereich in die Richtung: „Neue Läden“, „Neue Garagen“, „Neue Spielorte“.
4. Förderung der Digitalisierung in der Breite. Dazu gehören sowohl der Ausbau der digitalen Infrastruktur wie auch ein Förderprogramm zur Digitalisierung von KMU und beruflichen Ausbildungsstätten.
5. Ein konsequentes Gender- und Migrations-Budgeting des Bremen-Fonds und eine konsequente Orientierung auf Frauen- und Migrationsförderung. Blockaden durch ein falsches Entweder/Oder müssen überwunden werden zugunsten einer Haltung, die alle Register zieht:
 - a. Ausbau flexibler Betreuungsangebote (z. B. wie das MOBILE) UND Modellprojekte für Vereinbarkeit, gerade in Kooperation mit öffentlichen Unternehmen
 - b. Aufwertung und Qualifizierung frauendominierter Bereiche UND Förderung der Frauenbeschäftigung in bislang männerdominierten Sektoren und Berufen

- c. Berücksichtigung von Frauen und Personen mit Migrationshintergrund in der allgemeinen Gründungsförderung bzw. Kleinstunternehmen-Betreuung UND eigenständige Anlaufstellen
6. Ausbau der fachschulischen Ausbildung und Ausbildungsumlage. Um eine anhaltende Ausbildungslücke zu verhindern, müssen die Ausbildungsplätze in der fachschulischen Ausbildung ausgebaut werden. In der dualen Ausbildung kann die Einführung einer Ausbildungsumlage zunächst durch staatliche Zuschüsse gestützt werden, die zu einem späteren Zeitpunkt abgeschmolzen werden. Dies ist momentan insbesondere für den weiteren Ausbau und die Stärkung überbetrieblicher Ausbildungsangebote notwendig.
 7. Einrichtung berufsbegleitender Technikstudiengänge in Mangelfächern, um gezielt Handwerker:innen und Facharbeiter:innen eine Studienaufnahme zu ermöglichen. Dies könnte einen Beitrag leisten, um gezielt Fachkräfteengpässe in den Zukunftsbereichen zu mindern und den durch die Krise ausgelösten momentanen Fachkräfteüberhang zu mindern.
 8. Förderung von Innovation und Wachstum in beschäftigungsintensiven Branchen mit guten Wachstumsperspektiven und Angeboten auch für weniger Qualifizierte. Ansatzpunkte können sein:
 - a. Programme zur Innovationsförderung in Logistik, Handwerk, Einzelhandel (nicht beschränkt auf die Innenstadt);
 - b. Einrichtung eines Kompetenzzentrums Smart Services (zur Förderung wissenschaftsintensiver Dienstleistungen und digitaler Dienstleistungen im Handwerk);
 - c. Entwicklung eines Masterplans „Kreislaufwirtschaft – Reparierbarkeit – Entsorgung“
 9. Vorantreiben der Bildungsreform, vor allem im Hinblick auf die digitale Spaltung. Bislang stehen vor allem die technische Infrastruktur und die Gewöhnung an digitale Formate im Vordergrund. Perspektivisch geht es aber darum, digitale Kompetenzen und die Fähigkeiten zum selbstständigen Lernen und zu kooperativen Arbeitsweisen in neuer Weise in den Mittelpunkt der Bildungsziele zu stellen.
 10. Quantitativer und qualitativer Ausbau von Strukturen, die Familien von privater Care-Tätigkeit entlasten, zuvorderst die Alleinerziehenden-Familien. Der Gender Recovery Gap kann nur verhindert werden, wenn flexible, kostenfreie Betreuungsangebote zur Verfügung stehen und wenn die Leistungen der ambulanten Pflege wie auch der Tagespflege verbessert werden und finanziell leistbar sind.
 11. Eingliederung der JUB ins öffentliche Hochschulsystem mit einem innovationsorientierten Fokus. Hierfür bietet sich entweder die Etablierung als Public Health Hochschule an oder die Profilierung als Hochschule für anwendungsorientierte KI.
 12. Migrationshintergrund als Chance erkennen. Einseitig nachteils- und defizitorientierte Ansätze müssen überwunden werden zugunsten einer Förderung der spezifischen Chancen und Potenziale von Menschen und Gruppen mit Migrationshintergrund, z. B. bei Unternehmensgründungen, Netzwerken, Bildungsressourcen und kulturellem Kapital. Dafür sind eigenständige Einheiten bei Wirtschaftsförderung, IQHB und LIS erforderlich. Spezifische Zugangshindernisse und Diskriminierungen müssen angegangen und überwunden werden.

13. Alternative Unternehmensformen fördern und unterstützen. Genossenschaften, Social Entrepreneurship, belegschaftsgeführte Betriebe, gemeinwohlorientierte Unternehmen und Kooperationsformen von Kleinbetrieben erhöhen die Resilienz der Wirtschaftsstruktur und können wichtige Beiträge zu Innovation und Transformation leisten. Ihre Förderung und Unterstützung muss daher ein bewusster Teil der zukunftsorientierten Strukturpolitik sein.
14. Aus- und Umbau der WFB im Sinne einer Zukunftsagentur. Die Erholungsphase stellt erhöhte Anforderungen an die Wirtschaftsförderung und die Strukturpolitik des Landes. Dem kann durch eine Umstrukturierung der WFB Rechnung getragen werden, die deren Aufgaben erweitert und absichert. Kontinuierliche Zukunftsdialoge zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, gesellschaftlichen und sozialen Akteuren; Organisation von Wissenstransfer; verstärkte Kooperation mit öffentlichen Unternehmen; Stadtteilorientierung; erweiterter Fokus hinsichtlich von Branchen, Bereichen und sozialen Gruppen; konsequentes Frauen- und Migrationsmainstreaming markieren einige dieser Anforderungen. Dafür muss eine nachhaltig handlungsfähige Organisationsstruktur entwickelt werden.
15. Innovation und Qualifizierung zusammen denken. Die Wirtschaftspolitik muss die inner- und überbetriebliche Qualifizierung unterstützen und in ihren Konzepten Innovation und Qualifizierung integriert denken und umsetzen. Themen wie Ausbildung und Qualifizierung müssen zentrale Bestandteile von Innovationsstrategien sein. Wenn es um die Erschließung der Wasserstofftechnologie geht, müssen wir über Fachkräftebedarfe, Qualifizierung und Studieninhalte sprechen. Wenn neue Zentren wie etwa in Bereichen der Digitalisierung oder der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln entstehen, muss es dort auch darum gehen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen sowie auszubilden und zu qualifizieren. Darüber hinaus wird die Transformation auch nicht nur in den Betrieben ablaufen können. Das erfordert neue Strukturen, die vom Land initiiert und unterstützt werden müssen.
16. Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsoffensive. Erfolg werden nur die transformatorischen Prozesse haben, bei denen die Arbeitnehmervertretungen von Anfang an partnerschaftlich mitgestalten können. Veränderungen in Betrieben und Branchen funktionieren nur, wenn die Perspektive der Beschäftigten konsequent mitgedacht wird. Das kann aber nur durch die Beschäftigten selbst sowie ihre betriebliche und gewerkschaftliche Vertretung geschehen. Landespolitik muss diesen Prozess aktiv unterstützen. Dazu gehören Branchendialoge und Zukunftsforen. Dazu gehört aber auch, die Grundlagen von Mitbestimmung und Mitgestaltung zu sichern, nämlich Tarifbindung, Betriebsratsgründung und verbindliche Vertretungsrechte. Wir erwarten, dass sich dies einerseits in Bedingungen der Wirtschaftsförderung, andererseits in Initiativen auf Bundesebene niederschlägt.
17. Die Stadtteile in den Prozess des Neustarts mit einbeziehen. Die wirtschaftliche Erholung und Transformation kann nur gelingen, wenn sie in der ganzen Breite der Stadtgesellschaft verankert ist und auch von dort aus initiiert wird. Fünf Prozent der Summe, die im Bremen-Fonds für langfristige Transformationsprojekte vorgesehen sind, sollen für Projekte reserviert werden, die von den Beiräten für ihren Stadtteil vorgeschlagen werden. Die Anträge müssen die im Bewertungsraster definierten Kriterien erfüllen, sich auf die Aktionsprogramme beziehen und sollen mit der zweiten Tranche berücksichtigt werden.

Ausblick

Die Notwendigkeit zielgerichteter und kreditfinanzierter staatlicher Intervention besteht nicht nur kurzfristig. In der Finanzkrise erhöhte der Bund 2009 und 2010 seine Nettoneuverschuldung, erst im Jahr 2014 ging er zu einer Nettoneuverschuldung von null über. Die Hauptlast der Staatsverschuldung zur Bekämpfung der Finanzkrise trugen Länder und Kommunen. Die Kreditaufnahmen im Zuge der Corona-Krise übersteigen die in der Finanzkrise getätigten erheblich. Schon jetzt ist absehbar, dass nach 2 akuten Krisenjahren 2020/2021 der weitere Verlauf der ökonomischen Krise, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung, mindestens die Jahre 2022-2024 einnehmen wird.

Die Krisenintervention in der Finanzkrise war darüber hinaus zu schwach und zu kurzfristig, um Transformationseffekte zu bewirken. Dadurch wurde viel Zeit verschenkt. Demgegenüber zeichnet sich ab, dass die Krisenintervention in der Corona-Krise als Teil einer längerfristigen Krisenintervention zur Bewältigung der klimapolitischen Transformation gedacht werden muss.

Diese Entscheidungen liegen auf Bundesebene. Dennoch muss auch das Land Bremen Vorkehrungen treffen, um ein Verpuffen der Intervention zu verhindern und eine längerfristige Eingriffsphase zu ermöglichen. Instrumente wie Bodenfonds, Investitionsgesellschaft und der Einsatz öffentlicher Unternehmen können dazu beitragen. Wirtschaftsinstitute und Consultingfirmen halten global eine Rückkehr zu höheren Steuern für erforderlich, um gestiegene Anforderungen an staatliches Handeln zu finanzieren. Mittelfristig wird sich auch Deutschland dem nicht entziehen können.

Literatur

- Anderson, Chris: The Long Tail, New York 2006
- Arand, Regina, u.a. (Bertelsmann): Sozialer Zusammenhalt in Bremen, Dezember 2016
- Baig, Aamer, et.al. (McKinsey): The Covid-19 recovery will be digital. A plan for the first 90 days, 2020
- Barfuß, Karl Marten, u.a.: Bremen – Einige Thesen zur sozio-ökonomischen Entwicklung, HWWI policy paper 117, Juli 2019
- Bass, Hans-Heinrich, u.a.: Veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen für wirtschaftspolitisches Handeln in Bremen, in: Günther u.a., a.a.O.
- Brand, Thorsten und Follmer, Robert (Bertelsmann): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020, August 2020
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Deutschland und Bundesländer 2019, 2.1.2020; Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2020, Januar 2021; Arbeitsmarktbericht Bremen-Bremerhaven Dezember 2020, 5.1.2021
- Chinn, David, et.al. (McKinsey): Navigating the post-Covid-19- era. A strategic framework for European recovery, Juni 2020
- Dingeldey, Irene: Förderung der Gendergerechtigkeit. Thesenpapier zum Gender-Panel Bremen Fonds, 8.10.2020
- Dragolov, Georgi, u.a. (Bertelsmann): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2013
- Estrada, Cecilia, et.al. (UNIDO): Industries post-Covid-19. A gender-responsive approach to global economic recovery, Mai 2020
- Florida, Richard: The Great Reset. How the post-crash economy will change the way we live and work, NY et.al. 2011 (!).

- Günther, Jutta und Wedemeier, Jan (Hrsg.) (HWWI): Struktureller Umbruch durch COVID-19: Implikationen für die Innovationspolitik im Land Bremen, HWWI policy paper 128, November 2020
- Lindtner, Silvia: Prototype Nation. China and the contested promise of innovation, Princeton 2020
- Linksfraktion Bremen: Integriert denken, solidarisch gestalten. Für eine Neuaufstellung der Wirtschafts- und Innovationspolitik im Land Bremen, 2018
- Ma, Chang, et.al.: Modern Pandemics. Recession and Recovery, IFDP Federal Reserve Nr. 1295, August 2020
- Madgavkar, Anu, et.al. (McKinsey): Covid-19 and gender equality. Countering the regressive effects, 15.07.2020
- Mazzucato, Mariana: The Covid-19 crisis is a chance to do capitalism differently, The Guardian, 18.03.2020 (a)
- Mazzucato, Mariana: Mission Economy, London 2020 (b)
- Schwab, Klaus und Malleret, Thierry: Covid-19. The Great Reset, WEF 2020
- Schwarze, Barbara, u.a. (D21): Digital Gender Gap. Lagebild zu Gender(un)gleichheiten in der digitalisierten Welt, Januar 2020
- Sneader, Kevin and Singhal, Shubham (McKinsey): The next normal arrives. Trends that will define 2021 – and beyond, 4.1.2021
- Spinney, Laura: Pale Rider. The Spanish Flu of 1918 and how it changed the world, NY 2017
- Südekum, Jens und IW Consult: Bremen-Fonds. Auswahl mittel- und langfristiger Maßnahmen zum Neustart nach der Krise, 31.8.2020
- Sultana, Anjum and Ravanera, Carmina (GATE/YWCA, Sarah Kaplan): A feminist economic recovery plan for Canada, 28.7.2020
- UNWomen: Women as a force for accelerated and inclusive economic recovery post Covid-19 in Asia and the Pacific, Action Brief, 2020
- Wohlmuth, Karl: Die Innovationspolitik in Bremen – Herausforderungen durch die globalen Technologietrends und COVID-19, 2020 (masch.) World Economic Forum: Global Competitiveness Report 2020 – Road to Recovery, 2020